

Fenger, Herbert; Regling, Horst; Reuter, Ernst; Richter, Harald

Article — Digitized Version

Wohin mit den Abiturienten?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Fenger, Herbert; Regling, Horst; Reuter, Ernst; Richter, Harald (1973) : Wohin mit den Abiturienten?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 8, pp. 393-406

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134575>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wohin mit den Abiturienten?

Auf die Bundesrepublik rollt eine Abiturientenlawine zu. Ist der Numerus clausus die einzige Alternative?

Möglichkeiten der Studenten und der Bildungsplaner

Herbert Fenger, Darmstadt

Es bedurfte nicht erst der eben bekanntgewordenen Zahlen über das Mißverhältnis zwischen den im Winter 1973/74 bereitstehenden Studienplätzen und den – viermal höheren – Quoten der studierwilligen Abiturienten des Jahrgangs 1973, um das Dilemma deutlich zu machen, in dem sich die Bildungspolitik in der Bundesrepublik im Gesamtbereich von sekundärer und tertiärer Ausbildung befindet.

Das provozierte Dilemma

Das Unbehagen an der Favourisierung schulischer Bildungswege, die auf das traditionelle Abitur und die mit ihm verbundene Berechtigung zu einem Hochschulstudium hinzielen, und an der selbstverständlichen Identifizierung hochqualifizierter Ausbildung mit Hochschulstudiengängen hat in dem knappen Jahrzehnt, das nun seit dem Ausruf der „Deutschen Bil-

dungskatastrophe“ vergangen ist, auf mancherlei Weise Ausdruck gefunden:

□ in regelmäßigen Schwarzmalereien von Wirtschafts- und Verbandsvertretern zu einem angeblich drohenden „akademischen Proletariat“, für das es keine entsprechenden Arbeitsplätze gebe¹⁾;

□ in Schüler- und Studentenprotesten gegen den zuerst vereinzelt eingeführten und als vorläufig bezeichneten, dann fast allgemein verhängten und auf unabsehbare Zeit institutionalisierten Numerus clausus;

□ in Reformkonzepten namhafter Bildungsexperten, wie Friedrich Edding und Hildegard Hamm-Brücher, die – bildungspolitischer Restriktion unverdächtig – mit ihren Warnungen vor einer unkritischen Ausweitung von Bildungsquoten und -investitionen in den herkömmlichen Formen von Schul- und

Hochschulausbildung²⁾ auch diejenigen in Bildungspolitik, -planung und -realisierung nachdenklich gemacht haben, die, um überhaupt und möglichst schnell einen spürbaren Bildungsschub zu erreichen, strukturelle Bedenken zunächst zugunsten einer deutlichen Anhebung der Abiturienten- und Studentenzahlen zurückgestellt hatten.

Heute kann niemand mehr ernstlich daran glauben, daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird, die Hochschulkapazitäten in eben dem Maße auszuweiten,

¹⁾ Vgl. L. Kroeber-Keneth: Zuviel Akademiker? Plädoyer für eine praxisbezogene Hochschulbildung, Freiburg 1972; W. Schlaffke: Akademisches Proletariat?, Osnabrück 1972.

²⁾ Vgl. „Man pumpt zuviel in alte Schläuche“. Interview mit F. Edding. In: Der Spiegel, Nr. 23/1972; F. Edding: Entschuldig, Berufsvorbereitung und lebenslange Weiterbildung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 24. Jg. (1973), Heft 3, S. 170-178. Vgl. auch den als „Hamm-Brücher-Plan“ bekanntgewordenen Vorschlag zur Neugestaltung der Sekundarstufe II und zur Reform der Studiengänge an den Hochschulen vom Herbst 1972.

wie die Abiturientenquoten steigen. Die Übergangsquoten der 10jährigen zu den „weiterführenden“ Schulen, der 16jährigen zu den verschiedenen Formen der gymnasialen Oberstufe, der Abiturienten und der Fach-, Fachober- und Fachhochschulabsolventen zu den Hochschulen lassen erwarten, daß die bildungsbewußt gewordene Bevölkerung den Bildungsplanern nicht den Gefallen tun wird, ihre bzw. ihrer Kinder Bildungsabsichten nur im Rahmen der von Wissenschaftsrat-, Bildungsrat oder Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung vorgegebenen Kontingentierungen zu verwirklichen. Eine Abiturientenquote von 40–50 % der entsprechenden Altersjahrgänge erscheint heute für die – nicht mehr sehr fernen – Jahre zwischen 1980 und 1985 als durchaus realistisch und damit eine immer größer werdende Öffnung der Schere zwischen Studienanspruch und Studienmöglichkeit an den Hochschulen.

Daß die immer größeren Schwierigkeiten, einen Studienplatz zu erhalten, den allgemeinen Drang zum Abitur und zum Studium verringern werden, ist nicht zu erwarten: Trotz des sich ständig verschärfenden Numerus clausus ist die Studienorientiertheit der Abiturienten in den letzten Jahren ständig gestiegen, hat das traditionelle, einzig auf Studienpropädeutik angelegte Gymnasium die höchste Steigerung der Eingangsquoten. 1972 hatten nur knapp 5 % der Abiturienten keine Studienabsichten, weniger als je in früheren Abiturientenjahrgängen. Daß die „berufsbezogenen“ Bildungsgänge – entgegen ihrem Selbstverständnis und der Absicht ihrer Einrichtung – durchaus keine unmittelbare berufliche Qualifizierungsfunktion, sondern ebenfalls eindeutig Zulieferfunktionen für die Hochschule erfüllen, wird daraus deutlich, daß 1972 nur 2 % der Abiturienten von Fachoberschulen keine Stu-

dienabsichten hatten – weniger als bei den Absolventen der Gymnasien³⁾.

Durch den Abbau von schichtspezifischen Bildungsbarrieren durch Förderstufen, Gesamtschulen, leichtere Übergänge im Sekundarbereich, materielle Ausbildungsförderung und Bildungsberatung wird zusätzlich der Zugang zum Abitur und zum Studium auch aus den Bevölkerungsgruppen verstärkt, die heute noch weit überwiegend

auf Ausbildungen in Haupt- und Realschule, Lehre und Berufsschule orientiert sind.

In längerfristiger Perspektive eine „Inflationierung“ des Abiturs und der von den Hochschulen vergebenen Diplome und in der Konsequenz wiederum einen Prestige- und Attraktivitätsverlust der entsprechenden Bildungswege zu erwarten, ist unrealistisch: Die Einstellungspraktiken der privaten und auch der öffentlichen Beschäftigten deuten schon heute darauf hin, daß Abitur und Studium mit steigenden Quoten nicht an Wert verlieren, sondern eher zur Normalanforderung an die Inhaber qualifizierter Arbeitsplätze werden, und daß Bewerber, die diese formale Qualifikation nicht erfüllen, sich mit anspruchslöseren Tätigkeiten begnügen müssen.

Am Bedarf vorbeiproduziert?

Die seit Jahren von den verschiedensten Stellen immer wieder geäußerte Besorgnis, daß wesentlich höhere Quoten von Hochschulabsolventen vom Arbeitsmarkt nicht mehr aufgenommen werden könnten, kann bis heute von der Arbeitsmarktforschung nicht eindeutig gestützt werden. Unter dem Aspekt bloßer Beschäftigung oder mit der Sorge um Arbeitslosigkeit hochqualifizierter Kräfte lassen sich bis heute keine schlagkräftigen Argumente gegen die weitere Steigerung der Abiturienten- und Studentenquoten gewinnen. Entgegen allen früheren Warnungen gibt es heute in der Bundesrepublik keine nennenswerte Akademikerarbeitslosigkeit; der Arbeitsmarkt hat in allen Fachrichtungen weit mehr hochqualifizierte Absolventen aufgenommen, als von den Vertretern der Betriebe, Wirtschaftszweige und Verbände noch vor wenigen Jahren für

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Herbert Fenger, 34, ist Ordinarius für Berufspädagogik und Bildungsplanung an der Technischen Hochschule Darmstadt. Davor war er Leiter des Bereichs Berufsforschung im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

Dr. Horst Regling, 32, ist Referent für Bildungsfragen beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) in Bonn. Davor war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg tätig.

Ernst Reuter, 51, ist Generalsekretär und Leiter des Referates Allgemeine Bildungspolitik der Bundesorganisation der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Frankfurt.

Harald Richter, 36, Dipl.-Sozialwrt, ist Prokurist und Leiter des Zentralen Bildungswesens der Bayer AG, Leverkusen.

³⁾ Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Bevölkerung und Kultur, Reihe 10 (Bildungswesen), Sonderbeitrag: Studien- und Berufswünsche (Abiturienten), 1972.

möglich gehalten worden war. (Auch in gern zu Vergleichszwecken herangezogenen Ländern mit erheblich höherem Bestand an akademisch gebildeten Arbeitskräften – wie die USA und Schweden – liegt die Arbeitslosenquote dieser Gruppen, entgegen landläufigen Ansichten, deutlich unter der durchschnittlichen Arbeitslosenquote!)

Allerdings ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß nur ein vergleichsweise geringer Anteil der Akademiker in der Bundesrepublik von der produzierenden Wirtschaft beschäftigt wird: Mehr als die Hälfte aller Hochschulabsolventen sind im öffentlichen Dienst oder in selbständigen Positionen beschäftigt. Es ist also durchaus richtig, wenn aus Wirtschaftskreisen immer wieder festgestellt wird, daß die Wirtschaftsbetriebe nur begrenzt aufnahmefähig für hochqualifizierte Arbeitskräfte sind, ohne daß damit allgemeine restriktive Planungen für den Hochschulbereich zu begründen wären. Denn die expansivsten Beschäftigungsbereiche für Akademiker, wie Bildungs- und Beratungswesen, Gesundheitsdienste, Rechtsprechung, öffentliche Verwaltung und Planung, liegen außerhalb des von den Wirtschaftsbetrieben überschaubaren Bereichs.

Auch neuere langfristige Akademikerbedarfsberechnungen – wie die kürzlich von Forschergruppen um Hajo Riese und Hans-Peter Widmaier vorgelegten⁴⁾ – prognostizieren keine wesentlichen Angebotsüberschüsse für die Gesamtheit der Hochschulabsolventen, wohl aber Überhänge in einigen Fachrich-

tungen; bei Riese z. B. in Erziehungswissenschaften, Physik, Chemie, Geisteswissenschaften, denen aber Nachfrageüberhänge in anderen Fachrichtungen, wie Rechts-, Wirtschafts-, Sozial- und Ingenieurwissenschaften und Medizin gegenüberstehen. Berücksichtigt man die vielen methodischen Schwächen, mit denen derartige langfristige Prognosen noch behaftet sind, so kommen sie als verlässliche Orientierungshilfen für Studieninteressenten und Bildungsplaner ohnehin kaum in Betracht.

Unbehagen der Schüler und Studenten

Demgegenüber scheinen andere Feststellungen geeigneter zu sein, die Fehlorientierung einer vorrangig auf Abitur und Studium orientierten Bildungsentwicklung zu belegen und die Bildungsplanung nach neuen Wegen suchen zu lassen. Unter den Schülern der Oberstufe der Gymnasien und der diesen entsprechenden Schulformen wächst, ebenso wie unter den Studierenden der Hochschulen, das Unbehagen an Lehrgängen und Ausbildungsinhalten, deren Verwendbarkeit in der nachfolgenden Berufsarbeit nicht einsichtig ist und deren Ziele nur formal, nicht aber mit Bezug auf irgendeine Praxis außerhalb des Bildungswesens angegeben werden können.

Ein immer größerer Teil der kritisch gewordenen Studenten und Schüler ist – besonders auch unter dem Eindruck des Notenschnitt-Terrors vor dem Abitur – nicht länger bereit, Mühe, Zeit und Intellekt an Scheinziele und schulische Selbstzwecke zu verwenden, sondern fordert die unmittelbare Beziehung ihrer Ausbildung auf konkrete betriebliche und gesellschaftliche Aufgaben im Sinne einer kritischen Vorbereitung auf künftige Berufspraxis. Diesem Anspruch aber vermögen weder die meisten schulischen Ausbildungsgänge im Sekundar-

bereich noch die traditionellen Hochschulstudiengänge gerecht zu werden.

Objektiv entspricht dem Unbehagen der Schüler und Studenten an der Praxisferne ihrer Ausbildung die Zunahme berufsqualifizierender Ausbildungen außerhalb des öffentlichen Bildungswesens. Zu nennen sind hier z. B. die Traineeprogramme, die Großbetriebe für Hochschulabsolventen eingerichtet haben, spezielle Ausbildungsprogramme für Abiturienten, wie sie gerade in den letzten Monaten von einigen Betrieben, Wirtschaftsverbänden und Behörden eingerichtet worden sind, aber auch z. B. die Gründung der Bundeswehr-Hochschulen und die Pläne für Hochschulen in Trägerschaft von Organisationen der Privatwirtschaft, die seit längerem diskutiert werden. So sehr diese Entwicklungen der Kritik unter allgemeinen bildungs- und gesellschaftspolitischen Aspekten bedürfen, so zwingend resultieren sie aus der im heutigen Ausbildungssystem angelegten Berufs- und Praxisferne der Schulen und Hochschulen und geben eindeutige Hinweise auf deren Unzulänglichkeit, aber auch auf Ansatzpunkte zur Überwindung von Systemschwächen.

Gefahr neuer Hierarchien

Eine andere Gefahr, die mit vermehrter Beschäftigung von herkömmlich ausgebildeten Akademikern in den Betrieben verbunden ist, muß in der Entstehung neuer Hierarchien in den Leitungsfunktionen und in der stärkeren Normierung und Vorplanung der ausführenden Arbeiten in den Betrieben gesehen werden. Bei relativ höherem Akademikeranteil an den Belegschaften sind beide Entwicklungen unvermeidlich: Da Hochschulabsolventen im Normalfall zwar für organisierende, dispositive und kontrollierende Tätigkeiten, nicht aber für die eigentlich ausführenden Arbeiten aus-

⁴⁾ Vgl. P. Heindlmeier, U. Heine, H.-J. Möbes, H. Riese: Berufsausbildung und Hochschulbereich. Eine quantitative Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Pullach bei München 1973 („Hochschulplanung 13“, hrsg. von der HIS GmbH); A. Krafft, H. Sanders, P. R. Straumann: Hochqualifizierte Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland bis 1980. Schriftenreihe Hochschule des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Nr. 6, 1971.

gebildet sind, wachsen auf der einen Seite neue und zusätzliche Hierarchien von Führungskräften, während andererseits ausführende Arbeit unterhalb der Akademikerebene stärker reglementiert und ihrer bisher dort noch teils umfangreich gegebenen Gestaltungsmöglichkeiten beraubt wird. Beide Entwicklungen – mehr Hierarchie im Leitungsbereich und Polarisierung zwischen vorrangig dispositiver und nur noch nach Anweisungen ausführender Arbeit – widersprechen den erklärten Bemühungen um demokratischere Arbeitsstrukturen. Von hier aus ergeben sich weitere Vorbehalte gegen eine Ausweitung „akademischer“ Ausbildung in heutigen Formen.

Alternativen der Abiturienten

Die Abiturienten verhalten sich durchaus realistisch, wenn sie sich hart auf die Hochschulstudiengänge hin orientieren und außerakademische Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten kaum beachten. Die Bildungslandschaft, die ihnen nach dem Abitur offen steht, präsentiert sich ihnen in Form einiger schmaler und unattraktiver Wege, die sich bei näherem Hinsehen zudem als Sackgassen zeigen, und einer Vorwärtskommen verheißenden Straße, eben der Einbahnstraße über das Studium zum akademischen Abschluß. Keine der in Wirtschaft und Verwaltung bestehenden Ausbildungen eröffnet ihnen den Zugang zu Arbeitsplätzen, die denen von Hochschulabsolventen – gemessen an Einkommen, hierarchischer Position, Prestige, Aufstiegsmöglichkeiten, Arbeitsbedingungen und beruflicher Beweglichkeit – vergleichbar wären.

Besonders im öffentlichen Dienst, der Abiturienten in gehobenen Laufbahnen relativ viele Ausbildungsmöglichkeiten anbietet, sind diese Benachteiligungen gegenüber „Akademikern“ offen-

kundig: Der Anteil der im höheren Dienst Beschäftigten ohne Hochschulstudium liegt bei nur ca. 4%, der Aufstieg aus dem gehobenen Dienst ist demnach für Abiturienten ohne Studium eine seltene Ausnahme. Aber auch in der Privatwirtschaft werden die Chancen von Abiturienten, an anspruchsvolle Arbeitsplätze zu gelangen, mit wachsendem Akademikerangebot auf dem Arbeitsmarkt eher noch schlechter, als sie schon in der Vergangenheit waren. Empirische Befunde zeigen, daß sie über Sachbearbeiter- und Assistentenpositionen nur in Ausnahmefällen hinausgelangen, von der Verdrängung durch Akademiker permanent bedroht sind und in ihrer beruflichen Beweglichkeit stark eingeschränkt sind. So ist es nur konsequent, wenn die Abiturienten sich einen Studienplatz um jeden Preis erkämpfen wollen und auch einigen neu eingerichteten Ausbildungen in Wirtschaft und Verwaltung, die anspruchsvoller konzipiert sind als die bisher angebotenen Lehr-, Assistenten- und Inspektorenausbildungen, mit Skepsis gegenüberstehen⁵⁾.

Möglichkeiten der Bildungsplaner

Während sich den Abiturienten also praktisch keine gleichwertige Alternative zum Studium anbietet, eröffnet sich der Bildungsplanung prinzipiell eine Vielzahl von Möglichkeiten, aus dem Dilemma des Einbahnsystems Abitur – Studium – Hochschulabschluß herauszukommen und neue Verteilerkreise zu begründen, die der Differenziertheit der individuellen Ausbildungsinteressen einerseits, den Anforderungen an qualifizierte

Arbeitskräfte andererseits gerecht würden. Als wichtigste Möglichkeiten seien hier in Erinnerung gerufen:

Die Integration allgemeiner und beruflicher Bildungsgänge im Sekundarbereich des Schulwesens, durch die die Studienorientiertheit der Absolventen zwar wahrscheinlich nicht gemindert, aber eine bessere Vorbereitung auf nachfolgende berufsnahe Ausbildungsgänge geleistet werden könnte;

eine obligatorische berufliche Erstausbildung vor nachfolgenden Studienphasen;

die Ablösung der heute noch 4- bis 6jährigen Langstudiengänge durch ein baukastenartiges System von Kurz-, Stufen- oder Phasenlehrgängen mit jeweils selbständiger Zertifizierung der absolvierten Lerneinheiten sowie individuellen Kombinations- und Aufbaumöglichkeiten;

die breitere zeitliche Streuung der Ausbildungs- und Studienphasen über die individuelle Biographie durch Verlagerung von Ausbildungsphasen auf Weiterbildungsphasen während des ganzen Berufslebens;

einen stärkeren Einbau betrieblicher Lernorte und berufspraktischer Lern- und Arbeitsphasen in die einzelnen Studiengänge;

eine konsequentere Praxis- und Berufsorientierung aller Studienpläne und Prüfungsordnungen der Hochschulen;

die Einbeziehung von Referendariaten, Trainee-Ausbildungen, Praktika usw. in die Studiengänge;

eine Ausweitung des Medienverbunds mit Hörfunk, Fernsehen und (Brief-)Fernstudium.

Keiner dieser Ansätze wird allein aus dem Dilemma des Abiturientenüberhangs gegenüber dem Studienplatzangebot herausführen können. Angesichts

⁵⁾ Vgl. I. Krings und Ch. Nuber: Abiturienten ohne Studium – Möglichkeiten und Grenzen ihres beruflichen Einsatzes. Unveröffentlichter Forschungsbericht des Instituts für Sozialwissenschaftl. Forschung e. V., München (1972); H. Feniger: Marschallstäbe zweiter Wahl oder: Betriebliche Abiturientenausbildungen – Alternativen zum Studium? In: Aspekte, 5. Jg. (1972), Heft 11, S. 18-21.

des Tatbestandes, daß alle oben genannten Möglichkeiten schon seit längerem in der bildungspolitischen und -planerischen Diskussion erörtert werden, aber noch keine einzige konsequent erprobt oder gar in aller Breite eingeführt worden ist, würden aber schon teilweise Realisierungen dieser Möglichkeiten Fortschritte gegenüber der heutigen Situation mit sich bringen.

Voraussetzungen der Reformen

Auf zwei notwendige Voraussetzungen für wirkungsvolle Reformen im tertiären Ausbildungsbereich sei abschließend hingewiesen:

Kein Versuch zur Verminderung der Studienorientiertheit

der Abiturienten wird – bei fort-dauernder Gültigkeit des die freie Ausbildungs- und Berufswahl garantierenden Art. 12 des Grundgesetzes – erfolgreich sein, wenn er nicht in der ganzen Breite des tertiären Ausbildungsbereichs oder zumindest größerer Fachrichtungsgruppen ansetzt. Solange neben neuartigen Ausbildungsformen die alten „akademischen“ Langstudiengänge bestehen, wird sich auf diese das vorrangige Interesse der Abiturienten richten, gestärkt durch die dann weiterhin zu erwartende Privilegierung der Absolventen dieser Ausbildungen innerhalb und außerhalb des Beschäftigungssystems.

Ebenso wird keine Reform erfolgreich sein können, die ledig-

lich im Bildungssystem ansetzt und nicht von korrespondierenden Veränderungen im Beschäftigungssystem, genauer: im Laufbahn- und Tarifrecht, in den personalpolitischen und arbeitsorganisatorischen Praktiken der öffentlichen und privatwirtschaftlichen Arbeitgeber, gestützt wird. Solange Laufbahneinordnungen, Löhne, Aufstiegsmodalitäten und Verantwortungszuweisung an formale, im Bildungswesen erworbene Berechtigungen gebunden bleiben, kann von den Abiturienten nicht erwartet werden, daß sie sich freiwillig der Chance begeben, die jeweils höchstdotierten Berechtigungsnachweise zu erbringen – wie sie ihnen heute immer noch mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium verliehen werden.

Der Etikettenschwindel muß endlich aufhören

Horst Regling, Bonn

Als Georg Picht 1964 der Bundesrepublik Deutschland wegen fehlender Abiturienten einen „Bildungsnotstand“ prophezeite, „den sich nur wenige vorstellen können“, hat wohl kaum jemand damit gerechnet, daß diese Prognose keine zehn Jahre später beängstigende Wirklichkeit geworden ist – allerdings unter umgekehrtem Vorzeichen: Schon 1972 drängten nahezu dreimal so viele Jugendliche an die Universitäten wie in dem Jahre, in dem die Abiturientenquote zum Gradmesser für die Leistungsfähigkeit der Nation proklamiert worden war. Während 1964 „nur“ 52 000 Abiturienten ein Universitätsstudium aufnahmen, waren es 1972 bereits 141 000. Damit erhöhte sich die Gesamtzahl der Studierenden im glei-

chen Zeitraum von 274 000 auf 653 000.

Nachdem die Abiturientenlawine aber erst einmal richtig ins Rollen gekommen ist und sämtliche von den zahlreichen Planungskommissionen aufgestellten Markierungspunkte – einschließlich der ständig nach oben korrigierten Richtwerte – hinter sich gelassen hat, dürfte auch in den nächsten Jahren mit einem weiteren Anhalten dieser Entwicklung zu rechnen sein. Erst Mitte Juli 1973 meldete die neu errichtete Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen einen weiteren Negativrekord: In den zulassungsbeschränkten Fächern Architektur, Biochemie, Biologie, Chemie, Lebensmittelchemie, Medi-

zin, Pharmazie, Psychologie, Tier- und Zahnmedizin sowie in allen Studiengangskombinationen für Gymnasial- und Realschullehrer können im Wintersemester 1973/74 von bisher 62 000 Bewerbern (mit einer Durchschnittsnote von 2,9!) insgesamt 17 316 mit einem Studienplatz rechnen. Ein Zulassungsstopp für weitere Fächer dürfte damit unmittelbar bevorstehen. Aber auch dies ist erst die Vorhut einer Abiturientenlawine, die ihren vollen Umfang in den Jahren nach 1975 erreichen wird.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen klar auf der Hand. Nachdem die Studienberechtigung als oberstes Ziel aller Bildungswege postuliert und ein

gigantischer Akademikerbedarf begründet worden war, mußten sich alle Bildungsreformen zwangsläufig in dieselbe verhängnisvolle Richtung auswirken: die beispiellose Ausweitung der gymnasialen wie der nichtgymnasialen Sekundarstufen genauso wie die Einbeziehung der beruflichen Bildungsgänge in das allgemeinbildende Schulwesen. Die von Picht initiierte und Politikern wie Wissenschaftlern aller Couleur unterstützte Bildungswerbung trug damit nicht zuletzt durch die einseitige Betonung allgemeinbildender Abschlüsse zu einer Fehlentwicklung bei, die durch forcierten Hochschulausbau vorübergehend noch verschleiert, auf die Dauer jedoch nur verschlimmert werden kann.

Problematischer Hochschulausbau

Allen Warnungen vor einer Überproduktion von Akademikern zum Trotz gibt sich der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft weiter optimistisch. Bis 1980, so konnte man im letzten Herbst zwei von seinem Hause bestellten Expertisen entnehmen, sei der Bedarf an Akademikern in der Bundesrepublik kaum zu decken. Die Drosselung des Ansturms der Studierwilligen wird somit allein als eine fatale Folge der begrenzten Ausbildungsplätze gerechtfertigt. Alle staatlichen Maßnahmen müßten daher darauf gerichtet sein, „Flaschenhälse“ zu erweitern und rationellere Lernmethoden zu entwickeln, um die Zahl der Studierenden weiter zu steigern.

Entsprechend diesen Überlegungen ist in dem kürzlich verabschiedeten Bildungsgesamtplan ein Ausbau der Studienplätze von 503 000 (1970) über 665 000 (1975) sowie 869 000 (1980) auf 1 067 000 (1985) vorgesehen. Damit könnte sich die Zahl der deutschen Studienanfänger von 119 000 (1970) über 163 000 (1975) sowie 206 000

(1980) auf 245 000 (1985) entwickeln. Allein die für den Hochschulausbau von Bund und Ländern aufzuwendenden Mittel belaufen sich für den Zeitraum 1974 bis 1977 auf insgesamt 17 Mrd. DM.

Vor einer solchen von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung autorisierten Entwicklung muß jedoch nachdrücklich gewarnt werden! Denn selbst wenn sich diese Planungen unter erheblichen finanziellen Opfern der Steuerzahler realisieren ließen, stellt sich doch die Frage nach dem persönlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen solcher Maßnahmen.

Insofern erweist es sich heute als schwerwiegender Fehler, daß die für eine erfolgreiche Bildungspolitik entscheidende Frage nach dem Akademikerbedarf in der bildungspolitischen Diskussion der vergangenen Jahre, allen Warnungen der Wirtschaft zum Trotz, sträflich vernachlässigt worden ist. Unter dem Einfluß psychologischer und soziologischer Erkenntnisse wurde die Diskussion vielmehr rein individualistisch mit plakativen Thesen wie „Bürgerrecht auf Bildung“ oder „Eigenwert der Bildung“ geführt. Dies wurde von seiten der Bildungsökonomien noch dadurch unterstützt, daß sie fast einhellig die Notwendigkeit betonten, auf die Bedingungen des Beschäftigungssystems einzuwirken, anstatt eine Anpassung des Bildungssystems an das Beschäftigungssystem zu vollziehen¹⁾.

Erst heute, angesichts der la-winenartig anschwellenden Abiturienten- und Studentenzahlen,

¹⁾ Dieser Erkenntnisstand wurde besonders eindrucksvoll auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1970 in den Referaten von H. Riese, H.-P. Widmaier und von Weizsäcker sowie den entsprechenden Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck gebracht. Vgl.: Schriften des Vereins für Socialpolitik N. F., Bd. 58, Berlin 1971, S. 471 ff. Zur Frage des Akademikerbedarfs: vgl. H. Regling: Brauchen wir wirklich mehr Akademiker? In: WIRTSCHAFTSDIENST, 49. Jg. (1969), H. 1, S. 32 ff.

häufen sich von vielen Seiten die Warnungen, daß der beträchtliche Aufmarsch von diplomierten, promovierten oder sonstwie qualifizierten Akademikern den Berufseinstieg zusehends erschwere. Diese Tendenz wird sich in Zukunft erheblich verstärken, wenn die durch Hochschulausbau und Verkürzung der Studienzeiten wesentlich gesteigerten Absolventenzahlen nicht mehr in gewohntem Maße vom öffentlichen Dienst absorbiert werden können, ohne daß seitens der Wirtschaft auch nur annähernd ein entsprechend größerer Bedarf abzusehen ist.

Beispiele anderer Länder

Welche verheerenden Konsequenzen eine solche Entwicklung für die Betroffenen haben muß, läßt sich bereits heute zur Genüge mit Beispielen aus anderen Ländern, wie z. B. Schweden, Großbritannien oder den Vereinigten Staaten belegen: Arbeitslosigkeit oder einfachste Hilfsarbeiten sind hier für Akademiker keine Seltenheit, während zugleich ein Mangel an Facharbeitern und anderen qualifizierten praktischen Berufen herrscht²⁾.

Die stereotyp zur Begründung der Bildungsausgaben vorgetragene These ihrer wachstumsfördernden Wirkung muß sich angesichts solcher Ergebnisse sogar wie blanker Hohn ausnehmen; zeigt doch das schwedische Beispiel, daß der Steuerzahler nicht nur für die Kosten des Studiums, sondern anschließend häufig auch noch für die Kosten der Umschulung aufzukommen hat.

Angesichts solcher Perspektiven kann das von den Bildungs-

²⁾ Vgl. im einzelnen „Akademiker: Wird abgeschafft“ in: Der Spiegel, Nr. 23, 1972, S. 57 ff. Auf S. 62 f. findet sich ein Interview mit dem bekannten Bildungsökonom F. Edding, in dem dieser zu einer völligen Kehrtwendung in der Bildungspolitik aufruft. Danach sollte es den automatischen Übergang aus der Schule in die Hochschule nicht mehr geben. Jeder sollte zunächst einen Beruf erlernen, denn „viele lernt man viel besser in der Praxis“.

politikern zur Begründung des Hochschulausbaues angeführte „Bürgerrecht auf Bildung“ genauso wenig überzeugen wie die vom Deutschen Bildungsrat wiederholt aufgestellte These, daß Bildungsgänge außerhalb der Hochschulen abzulehnen seien, wenn sie aus der Sicht der Abiturienten nicht eine dem Hochschulstudium vergleichbare Attraktivität besitzen. Statt die Abiturienten mit solchen Vokabeln weiterhin in falschen Hoffnungen zu wiegen, sollten die Politiker jetzt endlich den Mut finden, ungeschminkt darauf hinzuweisen, daß durch Generationen angesehene Titulaturen ihren Glanz durch Inflationierung verloren haben und sich nicht mehr auszahlen. Denn darin ist Edding zuzustimmen: „Das Abitur als Berechtigungsschein für ein möglichst hohes Einkommen und akademische Privilegien wird fortfallen, entweder durch eine Inflation oder durch eine mutige Reform.“

Wer heute noch Hochschulen bauen will, sollte aber auch daran denken, daß in den von Bildungspolitikern lange Zeit als Vorbild gepriesenen USA angesichts der dortigen Akademikermisere im Jahre 1972 bereits 680 000 Studienplätze unbesetzt geblieben sind³⁾.

Jeder Lösungsversuch, der nicht wieder übertriebene Hoffnungen wecken und damit unnötige Enttäuschungen – aber

³⁾ Dies veranlaßte den hessischen CDU-Generalsekretär Dr. Schwarz-Schilling zu dem Vorschlag, das drängende Problem des Numerus clausus in der Bundesrepublik Deutschland durch eine „Großauswanderung der deutschen Studenten auf Zeit“ in die Vereinigten Staaten zu beheben. Betrachtet man diesen Vorschlag als Alternative zum Hochschulausbau, würden durch seine Verwirklichung der BRD möglicherweise in einigen Jahren leerstehende Universitäten (Reformruinen) erspart bleiben.

auch volkswirtschaftliche Fehlinvestitionen – vermeiden will, muß davon ausgehen, daß nicht für 50%, sondern bestenfalls für 15% aller Absolventen Akademikerpositionen zur Verfügung stehen (Edding). Daraus folgt, daß die Mehrzahl der Bildungsgänge die Abiturienten für die mittleren und gehobenen Positionen in Wirtschaft und Verwaltung vorbereiten sollte. Die Bildungswerbung wie die bildungspolitischen Maßnahmen müßten also künftig vornehmlich darauf gerichtet sein, daß das Abitur nicht mehr ausschließlich als Berechtigungsschein für die „Einbahnstraße zur Hochschule“ verstanden wird. Bildungsgänge, die dieser Forderung gerecht werden wollen, müssen aber in weit stärkerem Maße als bisher praxisnah ausgerichtet sein.

Modellversuche der Wirtschaft

Bei der Konzeption solcher Bildungsgänge könnte auf Modelle zurückgegriffen werden, die die Wirtschaft den Abiturienten in jüngster Zeit bewußt als Alternative zum Studium angeboten hat. Außer den zahlreichen meist betriebsbezogenen Ausbildungswegen, die den Abiturienten zum Teil seit Jahrzehnten bei Firmen wie Siemens, AEG, Henkel, BASF, verschiedenen Banken und Sparkassen sowie Kaufhäusern offenstehen, haben in dieser Hinsicht vor allem Modellversuche der Firmen Daimler-Benz, Bosch und SEL, der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie sowie des Arbeitsrings der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie von sich reden gemacht.

Übereinstimmend liegt diesen Modellen ein dem Grundgedanken des Dualen Systems entsprechender Ausbildungsgang zugrunde, der praxis- und theoriebezogenes Lernen sinnvoll verbindet. Das Ziel dieser neuen Ausbildungswege für Abiturienten besteht in einem an praxisorientierten, berufsbezogenen Lehrinhalten und Lernzielen herangebildeten Mitarbeiter. Er wird wissenschaftliche Methoden, Techniken und Denkweisen beherrschen, hat die Praxis kennengelernt und ist damit in der Lage, realistische Problemlösungen zu entwickeln⁴⁾.

Gegenüber diesen Modellversuchen merkten insbesondere die Gewerkschaften kritisch an, daß solche Ausbildungsgänge „nur auf dem Wege einer staatlich anerkannten Ausbildungsordnung akzeptiert werden könnten“. Von seiten der Wirtschaft hingegen wurde wiederholt bezweifelt, ob die Ausbildungsqualifikationen nicht grundsätzlich zu hoch angesetzt worden seien, so daß auch bei Übernahme durch andere Firmen und Institutionen infolge zu geringen Bedarfs eine nennenswerte Entlastung der Hochschulen nicht zu erwarten sei. Aus der Sicht der Wirtschaft würden die bewährten Aus- und Weiter-

⁴⁾ In einem ersten Ausbildungsabschnitt von ca. 18 Monaten werden die Abiturienten im Rahmen eines vertraglichen Ausbildungsverhältnisses zur Kaufmannsgehilfenprüfung vor der Industrie- und Handelskammer geführt. Nach erfolgreichem Abschluß dieses Abschnittes wird der Abiturient in ein Angestelltenverhältnis übernommen, das als zweiten Ausbildungsabschnitt von nochmals ca. 18 Monaten ein verstärktes innerbetriebliches Trainingsprogramm und die Hinführung zum „Betriebswirt“ bzw. „Wirtschaftsassistent“ zum Inhalt hat. Die 5 bis 6 Ausbildungsphasen beinhalten jeweils ca. 4 Monate innerbetriebliche Lehrgänge und Praktika sowie ca. 2 Monate Studium in Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften an einer von den beteiligten Firmen getragenen Wirtschaftsakademie.



VEREINSBANK IN HAMBURG

Zentrale: 2 Hamburg 11 · Alter Wall 20-32 · Telefon 36 92-1

ÜBER 60 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN, HANNOVER UND KIEL

bildungsmaßnahmen zur Hinführung der Abiturienten in mittlere und gehobene Positionen ausreichen. Darüber hinaus sei fraglich, ob sich genügend Betriebe bereit finden werden, die relativ hohen Kosten von ca. 50 000 DM pro Ausbildungsgang zu übernehmen. Die Einstellung eines Akademikers – dessen Ausbildungskosten nicht geringer wären, dafür aber vom Steuerzahler getragen würden – sei unter diesen Umständen selbst dann vorzuziehen, wenn nicht einmal die Hälfte seiner Ausbildung für den Betrieb von Interesse wäre.

Ohne diese Einwände im einzelnen zu prüfen, kann schon jetzt festgestellt werden, daß die Modellversuche ihren Hauptzweck erfüllt haben: eine Signalwirkung auszuüben und einen Versuch zu machen, aus dem Stadium der Planung und der endlosen Diskussion um die Ausbildung von Abiturienten in der Wirtschaft herauszukommen und in die Phase der Realisierung und Erprobung konkreter Ausbildungsgänge überzuleiten.

Hoffnungsvoller Ansatz

Von den für die Bildungspolitik zuständigen staatlichen Stellen ist kürzlich das Land Baden-Württemberg mit einem „Offensivplan für die berufliche Bildung“ an die Öffentlichkeit getreten, der möglicherweise geeignet sein könnte, die verfahrenere Situation der Abiturientenausbildung einer Lösung näherzubringen. Durch die Gründung von Berufsakademien in Stuttgart und Mannheim, die bereits 1974 als erste Modelle für je 500 Bewerber geplant sind, verspricht sich die Landesregierung

⁵⁾ Um der bildungspolitischen Forderung nach der Durchlässigkeit aller Bildungsgänge gerecht zu werden, soll „leistungswilligen und geeigneten Bewerbern“ nach Abschluß der Berufsakademie in einem Aufbaustudium an einer Hochschule noch ein Diplomabschluß ermöglicht werden. Dadurch könnte allerdings das Ziel einer Entlastung der Hochschulen zumindest teilweise wieder in Frage gestellt werden. Aus der Sicht der Wirtschaft sollte dessen die Möglichkeit von „Externenprüfungen“ gefördert werden.

„eine attraktive, berufsbezogene Alternative zum Hochschulstudium“ und damit eine Entlastung der Universitäten.

Sinn der dreijährigen Ausbildung an den Berufsakademien soll es sein, theoretische Ausbildung und Praxis miteinander zu verflechten. Jeweils ein theoretischer 6-Wochen-Kurs und ein wöchentlicher berufsbegleitender Unterrichtstag bereiten in Verbindung mit der Betriebspraxis nach 1½ Jahren auf eine erste berufliche Qualifikation und nach 3 Jahren auf eine staatliche Prüfung zum Techniker oder Betriebswirt vor. Hierzu müßte in enger Kooperation mit der Wirtschaft noch ein entsprechendes Berufsbild entwickelt werden⁵⁾.

Kultusminister Hahn wies darauf hin, daß hinter der neuen Initiative, zu der er sich durch eigene Ausbildungsgänge der Wirtschaft habe anregen lassen, „eine wesentliche Wandlung des Bildungsbegriffes in Deutschland seit 1945“ stehe. Bisher habe der Akzent zu einseitig auf dem allgemeinbildenden Schulwesen und der Akademisierung gelegen. Dadurch sei das Niveau der Hochschule abgesunken und die Akademiker am Bedarf vorbei ausgebildet worden. Jetzt müsse daher „eine Aufwertung der Arbeits- und Berufswelt gegenüber den Akademikern kommen“.

Forderung nach praxisgerechten Bildungsgängen

Obwohl in allen Bildungsplänen neuerdings einer stärkeren Integration allgemeinbildender und beruflicher Bildungsgänge das Wort geredet wird, ist noch lange nicht sichergestellt, ob der von Baden-Württemberg vorgelegte Lösungsansatz bundesweit aufgegriffen wird. Eine in Hamburg zwischen der Handelskammer und der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung entwickelte vergleichbare Konzeption ist jedenfalls auf Einspruch

der Jungsozialisten – gegen eine „an Kapitalinteressen orientierte Ausbildung“ zur „Heranzüchtung einer reaktionären Fachidioten-Elite“ – zurückgestellt worden.

Aus der Sicht der Wirtschaft werden alle noch so wohlklingenden Absichtserklärungen für eine Aufwertung der Berufsbildung daran gemessen werden, ob sie Ernst machen mit der Forderung einer praxisgerechten Ausgestaltung der Bildungsgänge. Diese wird aber nicht ohne Beteiligung des Bereiches möglich sein, auf den die Abiturienten letztlich vorbereitet werden: die Berufs- und Arbeitswelt. Wirtschaft und Verwaltung müssen daher sowohl bei der Konzipierung als auch bei der Durchführung der Bildungspläne verantwortlich beteiligt werden. Als nicht praxisgerecht müßte es demgegenüber angesehen werden, wenn das betriebliche Geschehen allein schulisch simuliert oder unter Aufsicht der Schule bzw. Universität vollzogen werden soll.

Letztlich wird es von der Erfüllung dieser Forderung abhängen, ob die anstehende Abiturientenlawine aufgefangen werden kann oder ob am Ende das folgenschwerere Problem eines akademischen Proletariats größten Ausmaßes stehen wird. Eine noch so praxisgerechte Ausgestaltung der Bildungsgänge muß jedoch wirkungslos bleiben, wenn nicht Wirtschaft und Verwaltung grundsätzlich dazu übergehen, Führungspositionen allein nach der erbrachten Leistung und ohne Rücksicht auf formale Vorbedingungen zu besetzen. Anderenfalls wird sich der Etikettenschwindel fortsetzen: Hunderttausende werden über den aufwendigen Weg des Hochschulstudiums einem Ziel nachjagen, von dem bereits vorher feststeht, daß es nur wenige erreichen, während die Mehrheit frustriert auf der Strecke bleibt.

Beendet das bildungspolitische Einbahnsystem

K

Ernst Reuter, Frankfurt

Eine gesellschaftspolitisch vertretbare Antwort auf die Frage „Wohin mit den Abiturienten?“ wird zu einem der drängendsten Probleme unserer Gesellschaft. Wenn man sie nicht allzu vorzeitig beantworten will, muß man zunächst zweierlei klarstellen:

Zu wenig Studienplätze

Der an den Hochschulen sich immer weiter ausbreitende und allmählich auch in den Gymnasien und Fachhochschulen sich verstärkende Numerus clausus bedeutet nicht, daß wir zu viele Abiturienten hätten, sondern er bedeutet, daß wir zu wenig Studienplätze haben. Wer angesichts des Andranges auf die Hochschulen der Bundesrepublik auf eine „Überproduktion von Akademikern“ etwa in Schweden oder Frankreich hinweist, unterschlägt, daß dort die Zahl der Studienplätze — bezogen auf die Bevölkerungszahl — heute bereits fast doppelt so hoch ist wie bei uns. Und er verschweigt, daß es eine politische Entscheidung ist, wie viele Ärzte, Lehrer, Erwachsenenbilder usw. unsere Gesellschaft sich zu leisten bereit ist.

Trotzdem wird nicht jeder, der es möchte, studieren können. Sosehr sich die Bundesregierung darum bemühen muß, die Zahl der Studienplätze rasch und drastisch zu erhöhen, sowenig kommt sie darum herum, die vorhandenen Studienplätze gerecht zu verteilen. Dabei wird kein vernünftiger Mensch die Forderung aufstellen, den Leistungsgesichtspunkt außer acht zu lassen. Man kann jedoch — will man soziale Ungerechtigkeiten vermeiden — die Frage

nach den Leistungskriterien für den Hochschulzugang nicht beantworten, wenn man nicht zuvor die Aufgabe in Angriff nimmt, das gesamte Schulwesen zu reformieren.

Bevor man also die Frage „Wohin mit den Abiturienten?“ beantworten kann, müßte man die Frage stellen: „Bereiten wir eigentlich die Schüler für ein Hochschulstudium richtig vor?“

Nur wer sich vor der Beantwortung dieser Frage drückt, wird — wie die Amtschefs der Kultusministerien — zu der inzwischen staatsvertraglich verankerten Lösung der Hochschulzulassung aufgrund von Zeugniszensuren oder nach der — von Bundesminister von Dohnanyi geforderten — Lösung einer Hochschuleingangsprüfung greifen können. Dies könnte noch am ehesten als sinnvoll betrachtet werden, wenn die Studienwünsche auf Fächer gerichtet sind, die bereits in der Schule gelehrt wurden. Nur: Wer eine Fremdsprache, Mathematik oder eine Naturwissenschaft studieren möchte, tut dies in den meisten Fällen mit der Absicht, Lehrer zu werden. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß die besten Lehrer durchaus nicht immer diejenigen sind, die in ihrer Fachwissenschaft mit Glanzleistungen aufwarten können. Wer sich seine Fachkenntnisse etwas mühsamer erarbeiten muß, bringt häufig ein besseres Verständnis für Lernschwierigkeiten und mehr Sinn und Einfallsreichtum bei der Entwicklung von Methoden der Stoffvermittlung auf. Die Kopplung des Hochschulzugangs an Schulzensuren könnte also durchaus dazu führen, daß potentielle pädagogische Begabun-

gen gar nicht erst zum Hochschulstudium zugelassen werden.

Noch schwieriger wird die Sache, wenn man an Studieninhalte denkt, die in der Schule bisher keine Rolle gespielt haben. Was will man eigentlich bei denjenigen prüfen, die sich für ein Studium der Medizin, der Jurisprudenz, der Technik oder der Wirtschaftswissenschaft interessieren? Bereits vor mehr als zehn Jahren hat eine empirische Untersuchung ergeben, daß die meisten der Mediziner, die ihr Abschlußexamen mit Auszeichnung abgelegt hatten, gar nicht erst zum Hochschulstudium zugelassen worden wären, wenn man dazu ein Abitur mit überdurchschnittlichen Zensuren zur Voraussetzung gemacht hätte. Daraus jedoch will man nicht lernen, sondern bildet heute eine Generation von Ärzten heran, die ihre für das Studium geforderte Durchschnittzensur beispielsweise über hervorragende Leistungen im deutschen Aufsatz oder in einer Fremdsprache erreicht haben.

Reformiertes Bildungswesen als Lösung

Wer nach zuverlässigeren prognostischen Aussagen über die Wahrscheinlichkeit eines Studienerfolgs sucht, müßte erkennen, daß eine Lösung nur in einem reformierten Bildungswesen zu finden ist, in dem allen Jugendlichen die Möglichkeit geboten wird, sich selbst rechtzeitig daraufhin zu erproben, welche beruflichen Tätigkeitsfelder ihren Interessen und Neigungen am nächsten kommen und ob der direkte Übergang in den Beruf oder in die Hochschule für sie der geeignetere Weg ist.

Das mit dieser Bildungsreform notwendig verbundene Umdenken wird im OECD-Bericht über das deutsche Bildungswesen mit folgenden Worten skizziert:

„... In modernen Gemeinwesen wird die Unterscheidung zwischen „allgemeiner“ und „beruflicher“ Bildung immer unsinniger... Dies führt zu einem sehr wichtigen Thema: dem Ausmaß, in dem sich die meisten entwickelten Länder in Schwierigkeiten ihrer Sekundarschul-erziehung gebracht haben, indem sie das Buchlernen in den Mittelpunkt der Bildung gerückt und dann Elemente beruflicher Bildung hier und da nur angehängt haben. Im allgemeinen geht das fehl, weil das berufliche Element keine integrierte Rolle im gesamten Bildungsgang spielt. Wir haben Vorschläge gehört, die Richtung des Curriculums der Sekundarschule regelrecht umzukehren: die Vorbereitung für ein industrielles, ökonomisches oder landwirtschaftliches Qualifikationsprofil in den Mittelpunkt des Curriculums zu stellen und dann je nach den Notwendigkeiten für die Entwicklung dieses Profils die notwendigen sprachlichen, mathematischen, naturwissenschaftlichen und sozialen Kenntnisse und Fähigkeiten hinzuzufügen.“

Widerstand der Konservativen

Die OECD-Gutachter beziehen sich hier offenbar auf das Kollegstufenmodell in Nordrhein-Westfalen und auf das Modell einer integrierten Sekundarstufe II der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Nach beiden Plänen soll die Trennung von allgemeinbildenden (gymnasialen) und berufsbildenden Bildungsgängen in der Oberstufe des Schulwesens aufgehoben und deren Integration erreicht werden. Diese Forderung stößt jedoch auf den Widerstand des heute noch in allen Parteien überwiegenden konservativen bildungspolitischen Denkens.

Einem Jugendlichen Mathematik, Naturwissenschaften oder Fremdsprachen in der Oberstufe so beizubringen, daß man damit nach dem Abitur im Beruf noch nichts anfangen kann, sondern in ein Studium geradezu hinein-

gezwungen wird, dafür sprechen keine vernünftigen Gründe, sondern nur die Vorstellungen konservativer Hochschullehrer, die die Praxis noch immer als Gegensatz von Wissenschaft begreifen. Es sprechen ebenfalls keine vernünftigen Gründe dagegen, einem Jugendlichen, der sich für die Vorbereitung auf eine praktisch verwendbare, gesellschaftlich nützliche Tätigkeit entscheidet, jenes Maß an Theorie und an der Fähigkeit zu problemorientiertem Denken vorzuenthalten, das ihn auch zu einem Hochschulstudium befähigen könnte. Dieser Forderung steht eigentlich nur die Hypothese der Arbeitgeber und der Bildungsbürokratie gegenüber, daß jemand, der zum Studium berechtigt sei, auch studieren wolle. Folgt man diesem Denken, muß man in der Tat im Bereich des Bildungswesens auf die Grundsätze einer liberalen Demokratie verzichten und in technokratischer Reglementierung von Bildungszugängen Zuflucht suchen.

Daß es sich um technokratische Reglementierung handelt, darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß diese Politik heute unter dem Schiagwort einer „Aufwertung der beruflichen Bildung“ betrieben wird, am konsequentesten und geschicktesten z. Z. vom baden-württembergischen Kultusminister Hahn. Hinter der Scheinmodernität der Einführung von sogenannten Akademieringen soll sich nichts anderes vollziehen, als zunächst einmal einen großen Teil der Schüler von den studienbezogenen Bildungsgängen der Oberstufe ab- und in berufliche Fachschulen umzulenken (Akademiering I) und sodann den Abiturienten mit der Einrichtung eines Akademieringes II in dem sich so etwas wie eine duale Berufsausbildung gehobenerer Art vollziehen soll, einen dem Hochschulstudium gleichwertigen Bildungsgang vorzugaukeln. Mit

diesem Akademiering II solle, so heißt es listig, die „Lücke zwischen Abitur und Hochschule“ geschlossen werden. Da es eine Lücke zwischen Abitur und Hochschulzugang bekanntlich nicht gibt, kann es Hahn auch nicht darum gehen, sie zu schließen, sondern nur darum, die knappe Zahl an Studienplätzen denjenigen zu reservieren, die den traditionellen, der modernen technischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit abgewandten Fächerkanon des Gymnasiums erfolgreich absolviert haben.

Etikettenschwindel der Technokratie

Die Rechnung wird jedoch nicht aufgehen. Die Technokratie wird sich in diesem Falle ebenso in ihren eigenen Schlingen fangen wie bei allen früheren Versuchen, berufliche und allgemeine Bildungsgänge gegeneinander abzuschotten und neuen beruflichen Bildungsinstitutionen mit dem Anspruch, Berufsbildung aufzuwerten, die Funktion von Auffangbecken für die in den elitären Bildungseinrichtungen Gescheiterten zuzuweisen (Fachoberschulen neben gymnasialen Oberstufen; Fachhochschulen neben Hochschulen mit Universitätsrang). Dieser Etikettenschwindel wird erkannt und führt bei den Jugendlichen dazu, daß sie anwendungsbezogene Bildungsinhalte noch stärker meiden und sich der Sog zu den praxisfernen Bildungseinrichtungen ständig verstärkt, der dann mit Sicherheit immer mehr Jugendliche in die Zwangssituation treibt, gar keine andere Wahl zu haben, als ein Studium aufzunehmen.

Eine Bildungspolitik, die auch in einer Phase des zunehmenden Numerus clausus nicht in glatten Dirigismus verfallen, sondern ein Mindestmaß an Humanität und Liberalität bewahren will, kann diesen Weg nicht

gehen. Sie muß die Bildungsgänge in Schule und Hochschule so reformieren, daß die Einbahnstraßen verschwinden und alle die Chance erhalten, während der gesamten Zeit ihrer Erwerbstätigkeit Phasen der Berufstätigkeit und Phasen der Weiterbildung in Schulen und Hochschulen miteinander wechseln und aufeinander aufbauen zu können.

Pläne dazu liegen vor: die Integrierte Gesamtschule, das Kollegstufenmodell Nordrhein-Westfalens, die durch Ernst von Weizsäcker konzipierte Baukastengesamthochschule. Patentlösungen sind sie alle nicht. Risiken bleiben für beide: für den Staat, wenn er sich bei der Berechnung und Einrichtung von Studienplätzen um ein vertretbares Verhältnis zwischen Bedarf und Nachfrage bemüht; für den einzelnen, wenn ihm mit der Aufgabe der individuelleren Gestaltung seines Berufs und Bildungsweges zugleich die Aufgabe ständiger Neueinschätzung seines „Marktwertes“ auferlegt wird. Arbeitsmarktforschung sowie Berufs- und Bildungsberatung müssen und können da

helfen; alle Risiken aufheben können sie nicht.

Aber darum, das Leben risikofrei zu machen, geht es nicht. Es geht heute darum, ob unser Bildungswesen zur Aufrechterhaltung von Privilegien nunmehr einer totalen Planwirtschaft unterworfen werden soll oder ob es offen für eine Aufwertung bisher unterbewerteter Leistungsnachweise und damit überhaupt erst demokratisch werden soll. Dazu aber ist beides notwendig: der Verzicht auf das Monopol des Abiturs als Studievoraussetzung und seine Ausstattung mit berufsbefähigenden Qualifikationen auf der einen und die Ermöglichung der Hochschulreife ohne Winkelzüge und zeitraubende Umwege für alle berufsbezogenen Bildungswege auf der anderen Seite. Das Ziel ist schließlich die Integration beider Bildungswege.

Gefahr einer neuen Scholastik

„Erst Schlosser, dann Zahnarzt?“ überschrieb „Der Spiegel“ sein Interview mit Wissenschaftsminister Rau (NRW). Wenn das zu unrealistisch oder zu provo-

zierend erscheint, könnte man auch fragen: erst Schlosser, dann Techniker oder Ingenieur; erst Krankenschwester oder medizinisch-technische Assistentin, dann Ärztin; erst kaufmännische Lehre, dann Studium der Wirtschaft, der Mathematik, vielleicht sogar der Theologie? Dazu die Anregung an die Bildungsplaner, sich nicht nur auf die Verkürzung der Studienzeit an den Hochschulen zu konzentrieren, sondern auch darauf, akademische Grade auf dem gestuften, aber mit gesicherten Plattformen versehenen Bildungsgang in derselben Zeit erreichbar zu machen. Dann bliebe abzuwarten, ob tatsächlich alle in die Positionen wollen, die heute aufgrund eines überholten Prestigedenkens und einer ungerechten Gehaltsabstufung als die erstrebenswertesten gelten. Sicher ist nur, daß wir mit den gegenwärtigen und zur Zeit angestrebten Praktiken nicht nur die undemokratische Hierarchisierung der Gesellschaft künstlich aufrechterhalten, sondern uns auch – in einem sich immer höher technisierenden Zeitalter – in eine neue Scholastik hineinmanövrieren.

Außeruniversitäre Ausbildungsgänge der Wirtschaft

Harald Richter, Leverkusen

Vor etwa 4 bis 5 Jahren zeigte sich – von der Öffentlichkeit nahezu unbeachtet – in der Wirtschaft ein interessantes Phänomen: Während die Universitäten von Studenten und Studienbewerbern überquollen, stellten sich bei Unternehmen, die seit Jahrzehnten Abiturienten beruflich ausbilden, immer weniger Bewerber ein. Einzelne Firmen sahen sich deshalb gezwungen, die traditionelle Ausbildung von Abiturienten einzustellen.

Wenig später, 1970, veröffentlichte die Bundesregierung in ihrem Bildungsbericht eine Zielprojektion, wonach 1985 etwa 50 % eines Altersjahrganges das Abitur II erwerben sollten, was nicht weniger als 500 000 Abiturienten entspräche. Wiederum die Hälfte hiervon, d. h. also eine runde Viertelmillion, sollte eine berufliche Ausbildung außerhalb der Universität finden. Angesichts einer Zahl von maximal 3000 Abiturienten, die zum Zeit-

punkt der Veröffentlichung des Bildungsberichtes in der Wirtschaft ausgebildet wurden und deren Zahl eher rückläufig als steigend war, wirkte diese Projektion geradezu utopisch.

Sie reichte jedoch aus, um die Diskussion auf ein Problem zu lenken, das K. Biedenkopf als ein „Essential der Bildungsreform“ bezeichnete, für das zur Zeit aber noch keine Lösungsmöglichkeit in Sicht ist. Man wird

deshalb gespannt sein können, ob der Deutsche Bildungsrat, der sich seit März 1971 mit diesem Problem beschäftigt, demnächst konkrete Vorschläge vorlegen kann. Hierbei kommt es insbesondere auf kurzfristig realisierbare Lösungen an, denn die Frage ist bereits so dringend geworden, daß tiefschürfende Langzeitüberlegungen den auf eine Ausbildung wartenden Abiturienten kein hinreichender Trost mehr sind.

Des Pudels Kern liegt zunächst einmal überhaupt nicht in der Ausbildung der Abiturienten selbst – sei sie universitär oder außeruniversitär. Er steckt vielmehr in bestimmten Implikationen unseres Schul- und Beschäftigungssystems. Das allgemeinbildende Schulsystem sieht seine vornehmste Aufgabe darin, möglichst viele Schüler auf eine universitäre Ausbildung vorzubereiten.

Bedenken der Bundesanstalt für Arbeit

Auch die Reformen für die gymnasiale Oberstufe sind darauf ausgelegt, diesen Trend noch zu verstärken. So hieß es dieser Tage nicht ohne Stolz aus Düsseldorf, wo man für ein Drittel aller Gymnasien des Landes Nordrhein-Westfalen die Einführung der reformierten Oberstufe bekanntgab, daß „an diesen Schulen die Schüler stärker als bisher ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechend gefördert und auf den Universitätsbetrieb vorbereitet werden“. Dem Abiturienten, der dieses Schulsystem durchlaufen hat, gibt sodann STEP, das „Programm zur systematischen Vorbereitung der Berufswahl“ der Bundesanstalt für Arbeit, mit Recht folgendes zu bedenken:

„Von der gegenwärtigen Konzeption unseres Bildungswesens her ist das Abitur eher Ausgangspunkt für ein Studium als für eine unmittelbare

Berufsausbildung. – Nach der Abiturientenbefragung von 1972 wollen 91 % der Abiturienten und 89 % der Abiturientinnen studieren. – Ein Hochschulstudium bietet eher die Möglichkeit, wissenschaftliche Ansprüche zu befriedigen. – Die Berufsaussichten nach einem Hochschulstudium sind in bezug auf Einkommen, Laufbahn, Sicherheit des Arbeitsplatzes in der Regel besser. In Wirtschaft und Verwaltung stehen weniger Ausbildungsplätze speziell für Abiturienten zur Verfügung, so daß man gewöhnlich die gleiche Ausbildung wie Nichtabiturienten erhält. – Mit einem erfolgreich abgeschlossenen Hochschulstudium hat man auch in den Bereichen der organisatorischen verwaltenden und unternehmerischen Tätigkeiten bessere Chancen als ein Nicht-Hochschulabsolvent. – Die Laufbahnbestimmungen im öffentlichen Dienst setzen für die Positionen des höheren Dienstes einen Hochschulabschluß voraus. Die Aufstiegschancen vom gehobenen in den höheren Dienst sind prozentual gering.“

Fehlende Alternativen

Wen wundert es dann noch, wenn Gymnasiasten, die kein Studium ergreifen wollen, als Sonderlinge unseres Bildungssystems erscheinen? Gegenüber einem so „programmierten“ Weg zur Universität ist es nur schwer, Alternativen zum Studium zu entwickeln. Ähnlich gravierend wirken die beruflichen Aufstiegsstrukturen in Wirtschaft und Verwaltung. Aufgaben, die früher von einem „Praktiker“ erledigt wurden, werden heute gelegentlich von 2 Akademikern verrichtet. Ursache hierfür sind nicht nur die zweifelsohne gestiegene Komplexität und Anforderung mancher Arbeitsprozesse, sondern auch die bildungsmäßig fest strukturierten Eingangsstufen für viele Berufslaufbahnen. Solange zum Beispiel die öffentliche Verwaltung einen akademischen Abschluß für den Zugang zum höheren Dienst zwingend voraussetzt, wird jeder Abiturient bemüht sein, dieses Kriterium zu erfüllen. Dies geschieht ungeachtet dessen, daß viele Arbeiten, die von Akademikern des höheren Dienstes geleistet wer-

den, auch von Kräften des gehobenen Dienstes erledigt werden könnten – wie schon 1960 der Bundesrechnungshof und neuerdings eine weitere Untersuchung bestätigen.

Gleiches gilt zum Teil für die Wirtschaft. Solange in Bereichen, die kein Hochschulstudium erfordern, akademische Abschlüsse als Tätigkeitsvoraussetzungen gelten, darf man sich nicht wundern, wenn jeder Abiturient diesen Mindesteinstieg in das „Establishment“ erreichen möchte. Bedeutete aber vor Jahren ein Studium noch eine „Platzkarte“ für den Berufserfolg, so zeigt sich heute ein Wandel. Der akademische Abschluß ist für sich allein allenfalls noch ein Einstiegs-, aber kein Aufstiegsprivileg mehr. Oder, wie Kroeber-Keneth es ausdrückt: „Alles, was massenhaft angeboten wird, unterliegt zwangsläufig der Gesetzmäßigkeit der Inflation... In der bundesdeutschen Überbeschäftigungs-Gesellschaft steht es jedem Diplomierten frei, zunächst einmal in das graue Heer der akademischen Sachbearbeiter, der Hilfskräfte mit Doktor-titel, unterzutauchen.“

Ungerechtfertigte Kritik

Bei genauer Betrachtung findet man in der Wirtschaft jedoch noch bestimmte Bereiche – z. B. im Vertrieb der Industrie und im Handel – wo „Nur-Abiturienten“ mit einer betrieblichen Ausbildung Aufstiegsmöglichkeiten bis in das Top-Management haben.

Bis vor kurzem führte der Weg in solche Positionen meist über die sogenannte kaufmännische Lehre, die in manchen Großunternehmen allerdings einen sehr anspruchsvollen, fast schon exklusiven Charakter hatte. Für viele Kaufleute war dies ein Sprungbrett für eine Karriere im In- und Ausland. Mit dem Versiegen des Bewerberstroms in den 60er Jahren stellte sich jedoch für manches Unterneh-

men die Frage, ob es seinen Nachwuchs nicht unter den Jungakademikern suchen oder durch neue Wege der betrieblichen Ausbildung Alternativen anbieten solle. Verschiedene Großunternehmen oder Wirtschaftsverbände entwickelten daraufhin Fortbildungsmodelle, die angesichts des Fehlens konkreter Alternativen auf seiten der staatlichen Bildungspolitik in erster Linie von dem Gewicht und Namen der jeweils veranstaltenden Unternehmen abhängen (z. B. „Stuttgarter Modell“ von SEL, Bosch, Daimler-Benz, Wirtschaftsassistent in der Eisen- u. Stahlindustrie, in abgewandelter Form in Großunternehmen der chemischen Industrie, „Hamburger Modell“ der HK Hamburg, Betriebswirt und Ingenieurgrad bei Hoechst, „Siemens-Modell“ etc).

Wenngleich das Interesse für derartige Modelle auch recht groß ist, so stellen diese Pionier-Versuche noch keine mengenmäßige Alternative zu den Universitäten dar. Gerade in dieser Phase bereits vor einer Einflußnahme der Wirtschaft auf die Abiturienten-Ausbildung zu warnen und einzelne dieser Modelle zu blockieren, wie dies auf politischer Ebene geschieht, wirkt deshalb wie ein Versuch am untauglichen Objekt. Abgesehen von den Vorstößen in der Wirtschaft, die teils in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, Industrie- und Handelskammern oder in eigener Trägerschaft der Unternehmen zustande kamen, die in sich jedoch noch kein gemeinsames Konzept besitzen, liegt von öffentlicher Seite erst ein Vorschlag des Landes Baden-Württemberg vor. Dort sollen zwei Berufsakademien für die Ausbildung von Abiturienten innerhalb des dualen Systems geschaffen werden. Darüber hinaus fehlt es bislang an konkreten Vorstellungen und Plänen. Will man das Problem

jedoch auf Dauer in den Griff bekommen, so wären folgende Kriterien zu beachten:

Abbau der beruflichen Privilegien für Akademiker: Es kann nicht deutlich genug darauf aufmerksam gemacht werden, daß alle pädagogischen Überlegungen über die Entwicklung von Alternativen zum Studium letzten Endes ohne Erfolg bleiben müssen, wenn diese Alternativen sich nicht in entsprechenden beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten für die Absolventen niederschlagen. Dabei geht es nicht nur um den beruflichen Einstieg, sondern häufig auch um die Beweglichkeit und Durchlässigkeit beruflicher Laufbahnen. Es sollte auch mehr dem Umstand Rechnung getragen werden, daß die für einen beruflichen Aufstieg erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen immer weniger an den Hochschulen, sondern mehr und mehr in der nach- oder außeruniversitären Berufspraxis erworben werden.

Präzisierung der beruflichen Anforderungen

Kenntnis des Bedarfs: Ein von der Wirtschaft mitgetragenes Ausbildungssystem für Abiturienten kann nicht darauf verzichten, sich an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeit und an der praktischen Anwendbarkeit seiner Ergebnisse zu orientieren. Das erfordert eine wesentlich bessere Kenntnis der qualitativen Anforderungen und des quantitativen Bedarfs an nichtakademisch ausgebildeten Abiturienten, als dies zur Zeit der Fall ist. Die Präzisierung der beruflichen Anforderungen ist eine entscheidende Voraussetzung für die curriculare Entwicklung entsprechender Ausbildungsgänge. Denn eine Ausbildung, die sich nicht oder nicht entscheidend auch an der praktischen Verwertbarkeit ihrer Inhalte orientiert, würde lediglich

dazu beitragen, die diesbezügliche Misere einiger Bereiche unserer Hochschulen noch zu vergrößern.

Neuorientierung der Sekundarstufe II und des Abiturs: Je mehr sich die Sekundarstufe II als Vorstufe zur Universität empfindet und ihren Aufbau der Universität anpaßt, desto weniger Anreize bieten sich für eine außeruniversitäre Bildung. Zwar sollen Reformen, wie z. B. das geplante Kollegstufen-Modell in Nordrhein-Westfalen, durch ein möglichst differenziertes Angebot an berufsqualifizierenden und studienbezogenen Ausbildungsgängen in der Sekundarstufe II die einseitige Ausrichtung der gymnasialen Oberstufe auf die Universität auflockern. Es ist jedoch zu befürchten, daß die Einbeziehung von Absolventen berufsbildender Ausbildungsgänge in die Kollegstufe den Sog zur Universität vergrößert und nicht verringert. Denn solange das Abitur die uneingeschränkte Hochschulreife verleiht, dürfte dieser Abschluß immer noch als der attraktivste erscheinen. Durch die Zulassungsbeschränkungen der Hochschulen ist jedoch der Anspruch auf einen Studienplatz bereits erheblich ausgehöhlt und abgewertet. Unter Umständen wäre es sinnvoll – wie in der bildungspolitischen Diskussion bereits vorgeschlagen – hieraus die Konsequenz zu ziehen und den Abschluß der Sekundarstufe II vom unmittelbaren Anspruch auf Zugang zur Hochschule zu trennen.

Unterstützung der Modellversuche der Wirtschaft: In den letzten beiden Jahren wurden in der Wirtschaft auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene verschiedene Modellversuche zur Ausbildung von Abiturienten eingerichtet. Angesichts einer völligen Rat- und Planlosigkeit der öffentlichen Bildungspolitik in dieser Frage sind sie bisher die einzigen konkreten Beiträge zur fortfüh-

renden Ausbildung von Abiturienten über die herkömmliche „Lehre“ hinaus. Man mag ihnen entgegenhalten, daß die Zahl dieser Ausbildungsplätze angesichts der zu erwartenden „Abiturientenlawine“ erst einen „Tropfen auf den heißen Stein“ darstellt. Ein durch die staatliche Bildungspolitik geschaffenes Problem dürfte sich auch nur schwerlich allein durch private Initiativen aus der Wirtschaft lösen lassen. Immerhin stehen diese Versuche erst am Anfang und könnten noch erheblich erweitert werden, wenn Staat und Gewerkschaften zu einer Zusammenarbeit bereit wären. Zu den Interessenten praxisbezogener Ausbildungsgänge zählen im übrigen auch fast ein Drittel aller Studenten – nämlich diejenigen, welche ohne Abschluß die Universität verlassen. Gerade bei allen ehrgeizigen Bemühungen zum Ausbau unserer Hochschulen sollte man nicht vergessen, daß auch für diese „drop outs“ unseres Bildungssystems qualifizierte Berufsmöglichkeiten geschaffen werden müssen.

Erweiterung des Studienangebots

Zulassung zu Externen-Prüfungen: Zu der Forderung nach Chancengleichheit in unserem Bildungssystem gehört auch die Forderung nach Zugang zu Abschlußprüfungen im Hoch- und insbesondere Fachhochschulbereich. Manche Unternehmen und Fortbildungseinrichtungen bieten heute umfangreiche Lehrveranstaltungen auf wissenschaftlichem Niveau unter Mitwirkung von Hochschuldozenten und Praktikern an. Es wäre deshalb naheliegend, wenn Absolventen derartiger anspruchsvoller Fortbildungsgänge die Chance bekämen, sich z. B. gleichberechtigt einer Graduierungsprüfung an einer Fachhochschule zu stellen. Mit Ausnahme von Hessen und Bayern sehen jedoch die Fachhoch-

schulgesetze aller übrigen Bundesländer nur noch für eine Übergangszeit die Zulassung zu sogenannten Externen-Prüfungen vor. Und auch dies nur unter bestimmten Voraussetzungen. Sollte es nicht mehr nur darauf ankommen, in einer Prüfung seine Qualifikation zu beweisen, sondern auch darauf, daß man den Staat zuvor einen Studienplatz gekostet haben muß?

Ausbau von Fern- und Begleitstudienmöglichkeiten an den Hochschulen: Auf ähnlicher Ebene liegt ein für unsere Hochschulstruktur typisches Problem: Die Misere des Fern- und Begleitstudiums. Während in den sozialistischen Ländern – aber nicht nur da – die Zahl der Fernstudenten an den Hochschulen einen beträchtlichen Teil aller Studierenden ausmacht, ist unser Hochschulsystem hier noch am Punkt Null. Darüber hinaus wurden nach Überführung der früheren Ingenieurschulen und höheren Fachschulen in den Fachhochschulbereich auch die bis dahin bestehenden Abendstudiengänge nach und nach (bis auf eine Ausnahme) abgeschafft. Erforderlich wäre auf breiter Ebene eine Kombination von Studium und beruflicher Tätigkeit unter Zuhilfenahme aller Medien des Fernstudiums, so daß der einzelne Lernwillige auch in späteren Jahren ohne Unterbrechung oder radikale Einschränkung seiner beruflichen Tätigkeit die Möglichkeit bekommt, am Studienangebot unserer Hochschulen teilzunehmen.

Notwendige Zusammenarbeit

Zusammenarbeit von Hochschule und Wirtschaft zur Entwicklung neuer Ausbildungsgänge: Geht man von den staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsabschlußmöglichkeiten aus, die sich Abiturienten heute vorrangig anbieten, so steht jeder Abiturient vor der Frage: Studium oder „Lehre“. Die Ent-

scheidung für ein Studium enthält zunächst das Risiko, einen Studienplatz zu finden, sowie in noch viel größerem Umfang das Risiko der Studiendauer und des Studienerfolges. Ein „abgebrochener Student“ wird in seiner beruflichen Qualifikation geringerwertig eingeschätzt als Absolventen einer herkömmlichen „Lehre“. Die Zahl der „Abbrecher“ ist jedoch beträchtlich.

Andererseits ist die herkömmliche Berufsausbildung, die generell jedem Hauptschulabsolventen offensteht, kein adäquates Angebot für Abiturienten, obgleich sie in kürzerer Ausbildungszeit eine schnellere Wertbarkeit der erlernten Qualifikation und ein geringeres Ausbildungs- und Berufsrisiko darstellt. Es kommt deshalb darauf an, die recht beträchtliche Diskrepanz zwischen einem „Alles-oder-Nichts“-Studium und einem „Jedermann“-Berufsabschluß zu verringern.

Dies könnte einerseits dadurch geschehen, daß die bereits begonnenen Versuche zur Verkürzung der Studiengänge und zur Entwicklung von Abschlüssen mit schnelleren „Aufstiegsmöglichkeiten“ aus der Hochschule konsequent fortgesetzt werden und daß darüber hinaus durch Aufnahme anwendungsorientierter praktischer Ausbildungsabschnitte in das Studium die Hinwendung auf spätere berufliche Anforderungen weiter ausgebaut wird. Andererseits sollte jedoch der Bereich der außeruniversitären Abiturientenausbildung in Wirtschaft und Verwaltung durch einen Ausbau der Zusammenarbeit mit unserem Hochschulsystem Impulse erhalten und eine Aufwertung erfahren. Ein gewichtiges Wort in dieser Frage dürfte der Deutsche Bildungsrat zu sagen haben, dessen Untersuchungsergebnisse und Vorschläge nach über zweijähriger Arbeit wohl in Kürze zu erwarten sind.